

Johannes Schrapf.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

21. Oktober 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

am vergangenen Freitag hat unser Landrat, Tjark Bartels, die Kommunalaufsicht darum gebeten, aus gesundheitlichen Gründen sein Dienstverhältnis als Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont zu beenden. In einer Videobotschaft hat Tjark den Mitarbeitern des Landkreises und der Bevölkerung seine gesundheitliche Situation erläutert und dort auch Bezug auf den Umgang in den sozialen Medien genommen. Gerade auch mit Blick auf den Fall Lügde wurden hier aus meiner Sicht Grenzen im Umgang mit Menschen überschritten. Wir verlieren mit Tjark einen Landrat, der sich auch bundesweit einen guten Ruf als aktiver Vertreter unseres Landkreises und unserer Region erworben hat. Der Erfolg des Bündnisses Hamelner Erklärung, dass die Südlink-Trasse als Erdkabel verlegt wird und das Weserbergland von riesigen Strommasten verschont bleibt, ist ihm maßgeblich zu verdanken. Viele Projekte u.a. der Breitbandausbau, der Lernort Bückeberg, sein pragmatisches und verantwortungsbewusstes Handeln als 2015 viele Flüchtlinge zu uns kamen und nicht zuletzt seine klare Haltung gegen rechtes Gedankengut, zeigen seine engagierte und couragierte Persönlichkeit. Ich bedaure es sehr, dass er aufgrund der Anfeindungen, die er erfahren musste, so krank geworden ist, dass er sein Amt nicht mehr ausüben kann.

Es ist heute leider an der Tagesordnung, dass Politikerinnen und Politiker - gerade auch im Netz - beschimpft und vielfach mit Hass konfrontiert werden. Wir müssen dringend darüber nachdenken - auch innerparteilich - wie wir mit Entscheidungsträgern in unserer Gesellschaft umgehen. Ein respektvolles und demokratisches Miteinander gehört zu den Grundfesten unserer Demokratie und dazu gehört auch, die Meinung Andersdenkender zu akzeptieren. Mangelndes oder fehlendes demokratisches Verständnis ist sicher auch eine Ursache der schrecklichen Vorfälle in Halle. Dass ein rechtsradikaler Attentäter versucht in eine Synagoge einzudringen, ein Massaker anzurichten und letztlich zwei Menschen vollkommen willkürlich tötet, zeigt uns, dass wir klare Kante gegen Rechts zeigen müssen. In Berlin freue ich mich auf weitere spannende Aufgaben. Mit dieser Sitzungswoche bin ich als Vollmitglied in den Finanzausschuss und stellvertretendes Mitglied in den Haushaltsausschuss nachgerückt (mehr dazu auf Seite 5). Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer

Johannes Schrapf

Terminauswahl

| 26. Oktober 2019 | 14:30 - 17:00 Uhr |

Jubilarehrung der IG Metall, Alfeld, Hildesheim, Hameln,
im Gasthaus Mittendorf in Buchhagen

| 27. Oktober 2019 | 8:00 - 18:00 Uhr |

Bürgermeisterwahl in Bad Münder

Unseren Bürgermeister Hartmut Büttner wählen!



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Besuch des Stift Fischbeck
— Eröffnung Orangery Hameln
- Seite 3** — Kartoffelbacken der SPD
Hess. Oldendorf-Süntel
— Erntefest in Wickensen
- Seite 4** — Treffen der neuen EU-11
Parlamentsgruppe
— Teilnahme an Podiumsdiskussion
beim Baltic Youth Forum
- Seite 5** — Neue Aufgaben in Berlin
— Besuchergruppe
- Seite 6** — Themenüberblick Bundestag

Ihr findet mich auch bei:



BESUCH DES STIFT FISCHBECK

Am 10. Oktober 2019 habe ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Dirk Adomat eine Einladung der aktuellen Äbtissin des Stifts Fischbeck, Katrin Woitack, wahrgenommen. Auf dem Programm stand ein erstes Kennenlernen und die Vorstellung des Stifts Fischbeck. Mit dabei war auch der Vorsitzende des Förderkreises Stift Fischbeck e.V., vertreten durch den Vorsitzenden Wilfried Kuhlmann. Äbtissin Woitack und Herr Kuhlmann haben eindrucksvoll die Geschichte und die Entstehung des Stiftes erläutert. Ich fand die Örtlichkeiten und die Architektur des Stiftes sehr imposant und war beeindruckt von der sehr fein gestalteten Architektur des Stiftes. Unter anderem haben

wir auch über geplante zukünftige Baumaßnahmen gesprochen. Hier wurde ein großes Augenmerk auf das Förderprogramm

„National wertvolle Kulturgüter“ gelegt. Ich bedanke mich für die sehr interessante Führung und das angenehme Gespräch.



ERÖFFNUNG DER ORANGERY HAMELN



Am vergangenen Freitag war ich bei der Eröffnung des ersten Co-Working Space in Hameln. Die Orangery hat in der Wittekind-

straße 2 ihre Türen geöffnet. Das Konzept eines Co-Working Space sieht vor, dass räumliche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, die von den verschiedensten Zielgruppen genutzt werden können. Dazu gehören Jungunternehmer, Start-ups, aber auch Menschen, die ein kreatives und gepflegtes Arbeitsumfeld suchen. Ganz getreu dem Namen präsentiert sich das gesamte Team inklusive den Initiatoren Dominik Groenen und Fabian Simon in Orange. Es ist schön zu sehen, dass sich junge Unternehmer mit ihren Ideen in Hameln ansiedeln, und durch diese Art anderen kreativen

Menschen die Chance geben sich in einer angenehmen und modernen Atmosphäre zu entfalten. Ich wünsche dem Team der Orangery viel Erfolg und Freude am wachsenden Projekt.



KARTOFFELBACKEN DER SPD HESS. OLDENDORF-SÜNTEL



Am letzten Sonntag konnte ich mal wieder in einem der vielen aktiven SPD-Ortsvereine vorbeischauchen. Der Ortsverein Hessisch Oldendorf-Süntel hatte zum traditionellen Kartoffelbacken eingeladen. Beim gemein-

samen Essen der Backkartoffeln aus dem Benser Backhaus mit Stippgrütze, Gurken, Rote Bete und Kräuterquark, haben sich zahlreiche nette Gespräche ergeben. Ich konnte aus Berlin und von tagesaktuellen Themen

berichten und viele Fragen beantworten. Ebenso wurde über viele regionale Themen gesprochen. Ich finde es immer wieder schön, dass so viele Menschen sich ehrenamtlich engagieren und sich Gedanken über die Politik vor Ort und auf bundesweiter Ebene machen. Ich

möchte mich herzlichst bei Holger Beißner und seinen fleißigen Helfern für die Einladung und ihre Arbeit bedanken. Es waren ein paar schöne Stunden bei euch und die Backkartoffeln waren wieder köstlich.

ERNTEFEST IN WICKENSEN

Am Sonntag, den 6. Oktober war ich beim Erntefest in Wickensen bei Eschershausen. Das traditionelle Erntefest wurde zum 28. Mal von der Landjugend Hils veranstaltet. Die Organisatoren begrüßten erneut mehrere tausend Besucher an dem Wochenende. Die Hauptattraktionen waren der Bauernmarkt und das Traktor Pulling, das weit über den Landkreis hinaus bekannt ist. Es ist sehr beeindruckend zu sehen, dass sich das traditionelle Erntefest stetig weiterentwickelt und fortgeführt wird. Jedes Jahr kommen viele regionale Aussteller zum historischen Gusthof

und präsentieren ihre unterschiedlichen Waren. Besucher können hier einen spannenden Einblick in traditionelle Handwerkskunst und moderne Landtechnik erhalten. Für das leibliche Wohl wird jedes Jahr mit regionalen Produkten bestens gesorgt. Was die Landjugend Hils hier seit 28 Jahren organisiert, bedeutet eine Menge Arbeit und ein funktionierendes Netzwerk vieler Beteiligten. Ich habe der Landjugend deshalb ein Fass spendet und freue mich auf viele weitere Erntefeste.



NEUER GESPRÄCHSKREIS FÜR DIE ELF ÖSTLICHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Am Donnerstag habe ich die Auftaktveranstaltung eines neuen Gesprächskreises der Friedrich-Ebert Stiftung (FES) und der Arbeitsgruppe Europa der SPD-Bundestagsfraktion geleitet. Der neue Gesprächskreis ist den elf östlichen EU-Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bulgarien, Rumänien) gewidmet und heißt kurz „EU-11“. Diese Länder sind nach 2004 der EU beigetreten und werden in den europapolitischen Debatten nach wie vor wenig wahrgenommen. Zugleich ist es aber sehr wichtig, dass wir die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in diesen Ländern besser verstehen. Beim ersten Treffen haben wir über die Konsequenzen der

Parlamentswahlen in Polen gesprochen. Dr. Ernst Hillebrand, Büroleiter der FES Warschau und Dr. Sebastian Płóciennik vom Polnischen Institut für Internati-

onale Angelegenheiten haben die Sitzung mit ihrer Expertise bereichert. Mein herzliches Dankeschön an die Friedrich-Ebert Stiftung für die Organisation.



PODIUMSDISKUSSION DES BALTIC YOUTH FORUMS

Am Mittwoch habe ich als Leiter der Bundestagsdelegation bei der Ostseeparlamentarierkonferenz an einer Podiumsdiskussion des Baltic Youth Forums teilgenommen. Das Forum hat junge Aktivisten aus der Ostseeregion zusammengebracht, um ihre Ideen in den Bereichen der Umwelt – und Sozialpolitik zu diskutieren. Zusammen mit Simon Stermann vom Auswärtigen Amt habe ich mich u.a. mit der Frage auseinandergesetzt, wie man Jugendliche besser in die politischen Entscheidungsprozesse miteinbeziehen kann. Christin

Skiera vom Forum Northern European Politics hat das Gespräch moderiert.

„Fridays for Future“ und ähnliche Initiativen haben uns deutlich gezeigt, dass junge Menschen am aktuellen Geschehen durchaus teilnehmen können und sollten. Es ist eine Aufgabe für uns Erwachsene,



ne, sie entsprechend ernst zu nehmen und an den politischen Diskussionen teilnehmen zu lassen und einzubeziehen.

NEUE AUFGABEN IN BERLIN

Seit dieser Sitzungswoche bin ich Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Zudem bin ich auch als stellvertretendes Mitglied in den Haushaltsausschuss nachgerückt. Meine Mitgliedschaft im Ausschuss für europäische Angelegenheiten und meine stellvertretende Mitgliedschaft im Auswärtigen Ausschuss bleiben weiterhin bestehen. Ich freue mich sehr darüber, dass ich mich nun zusätzlich in diesen beiden wichtigen Ausschüssen einbringen kann. Die Mitgliedschaften sowohl im Einnahme- als auch im Ausgabeausschuss werden dazu beitragen, das Weserbergland noch besser in Berlin vertreten zu können. Bereits in den vergangenen zwei Jahren

konnte ich mehrfach dafür sorgen, dass Bundesmittel in maßgeblichem Umfang u.a. für den zukünftigen Dokumentations- und Lernort Bückeberg, die Sanierung von Dach und Fassade des Schlosses Hämelschenburg, das Schwimmbad Einsiedlerbach sowie die Kulturmühle in Buchhagen in das Weserbergland fließen.

Der Arbeitsbereich des Finanzausschusses deckt sich mit den Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Finanzen. Aufgabe des Finanzausschusses ist es, die ihm vom Plenum des Deutschen Bundestags überwiesenen Vorlagen zu beraten. Dabei handelt es sich insbeson-

dere, um die Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der Fraktionen.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages berät über alle Ausgaben des Bundes. Dadurch hat er eine wichtige und starke Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung. „Schicksalsbuch der Nation“ wird der Bundeshaushalt genannt, weil er alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes, seiner Ministerien und Behörden eines Jahres aufführt. So kann offen nachvollzogen werden, welche Beträge der Bund für ein Jahr eingeplant hat und was er damit finanzieren will.

BESUCHER IN BERLIN



Thomas Oppermann aus Hameln mit seiner 11 jährigen Tochter Romy hat diese Woche bei mir im Bundestag vorbeigeschaut und kurz Hallo gesagt.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Grundsteuer-Reformgesetz

Am Freitag hat der Bundestag endlich das Grundsteuer-Reformgesetz beschlossen. Damit endet eine der längsten Verhandlungen der letzten Jahre. Eine Reform der Grundsteuer, vorgegeben durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, berührt den Bund, die Bundesländer und die Städte und Gemeinden. Denn die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Die Grundsteuereinnahmen betragen etwa 15 Milliarden Euro im Jahr. Sollte eine Neuregelung nicht verabschiedet werden, drohten den Gemeinden gewaltige Einnahmeausfälle, die die kommunale Selbstverwaltung bedrohen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist bei der Reform der Grundsteuer die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Städte und Gemeinden oberstes Prinzip, um die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten und zu stärken. Mit den nun beschlossenen Gesetzentwürfen behält der Bund weiterhin die Gesetzgebungskompetenz, die Grundsteuer kann nicht abgeschafft werden. Zugleich wird den Bundesländern durch eine Ergänzung in Artikel 72 Absatz 3 des Grundgesetzes das Recht eingeräumt, abweichende landesrechtliche Regelungen zur Grundsteuer zu erlassen.

Mehr und höheres Wohngeld

Wohnen muss für alle bezahlbar sein. Neben etlichen anderen Maßnahmen ist das Wohngeld dafür eine wichtige und zentrale Stellschraube. Deshalb erhöht die Koalition das Wohngeld zum 1. Januar 2020. Mehr Menschen mit niedrigen Einkommen werden einen Zuschuss zur Miete erhalten. Und künftig wird das Wohngeld alle zwei Jahre automatisch an die Entwicklung der Mietpreise und Verbraucherpreise angepasst. Von der Wohngeldreform werden Hunderttausende Haushalte profitieren. Im parlamentarischen Verfahren haben die Koalitionsfraktion SPD und CDU/CSU noch einiges an der Gesetzesvorlage verbessert. Das Wohngeld erfüllt als eine Art vorgelagertes Sicherungssystem eine wichtige sozialpolitische Funktion. Erstmals wird jetzt eine Dynamisierung des Wohngeldes eingeführt, die erstmalig am 21. Januar 2022 greift. Das bedeutet: Die Koalition wird das Wohngeld alle zwei Jahre an die Miet- und Verbraucherpreisentwicklung anpassen. Damit sichern die Abgeordneten die mit der Wohngeldreform im Jahr 2020 erreichte Entlastungswirkung des Wohngeldes auch für die kommenden Jahre. Weniger Haushalte werden dadurch zwischen Wohngeld und Arbeitslosengeld II sowie Sozialhilfe hin- und herwechselt.

Soziales Entschädigungsrecht wird verbessert.

Opfer von Gewalttaten sollen künftig bessere Unterstützung und höhere Entschädigungszahlungen vom Staat erhalten. Die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts haben die Abgeordneten am Freitag im Bundestag in erster Lesung beraten. Darum geht es: Opfer von Terroranschlägen oder anderer Gewalttaten benötigen schnelle und umfassende Hilfe. Im neuen Sozialgesetzbuch XIV. sind höhere monatliche Opferrenten vorgesehen. Bundesweit verfügbare sogenannte „Schnelle Hilfen“ (Traumaambulanzen und Fallmanagement) sollen ausgebaut werden. Sie bieten künftig flächendeckend niederschwellig und bereits kurz nach der Tat psychotherapeutische Beratung an. Verschiedene Geldleistungen sollen erhöht und Teilhabeleistungen grundsätzlich ohne Einkommensprüfung erbracht werden. Das gilt beispielsweise für die Waisenrenten. Inländische und ausländische Gewaltopfer werden gleichgestellt. Erstmals bekommen auch Opfer von psychischen Gewalttaten einen Anspruch auf Leistungen. Ziel des Gesetzentwurfs sind bessere Leistungen für die Opfer von Gewalttaten, damit sich Betroffene in den schweren Stunden, die sie durchleben, nicht allein gelassen fühlen müssen.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
0531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva,
Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann